



<https://biz.li/3534>

CDU-ANFRAGE ZUR SICHERHEIT DER FAHRGÄSTE BEI ÜSTRA UND REGIOBUS

Veröffentlicht am 07.09.2024 um 10:57 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Entscheidung für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel hängt maßgeblich vom subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl der Menschen ab. Vor dem Hintergrund der in den Medien viel diskutierten Sicherheitslage am Hauptbahnhof Hannover, der im vergangenen Jahr bundesweit die zweithöchste Zahl an Gewaltdelikten verzeichnete, hat Helmut Lübeck, verkehrspolitischer Sprecher der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung, eine Anfrage gestellt, wie sich die Sicherheit bei den hiesigen Nahverkehrsunternehmen Üstra und Regiobus darstellt und über die Jahre entwickelt hat. Die Anfrage an die hannoverschen Verkehrsbetriebe ergab eine deutliche Zunahme an sicherheitsrelevanten Vorfällen: Während 2019 noch 600 Straftaten bei der Üstra registriert wurden, waren es im Jahr 2023 bereits 2.086 Fälle - ein Anstieg von fast 250 Prozent. Zu den Vorfällen zählen unter anderem Sachbeschädigungen, Hausfriedensbrüche und das Erschleichen von Leistungen. Auch die Zahl der von der Üstra an die Polizei übergebenen Videoaufnahmen - ein Indikator für sicherheitsrelevante Situationen in den Stadtbahnen und an den Haltestellen - ist signifikant gestiegen: Von 431 Videos im Jahr 2018 auf 776 im Jahr 2023 - ein Anstieg von rund 80 Prozent. Anlass zur Sorge geben auch die Vorfälle bei Regiobus: Die "Handlungen gegen das Fahrpersonal" bleiben auf einem konstant hohen Niveau, während "Handlungen gegen Personen", also Fahrgäste, von 49 im Jahr 2019 auf 141 im Jahr 2021 und 136 im Jahr 2022 angestiegen und 2023 wiederum auf 46 gesunken sind. "Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Die Sicherheitslage im hannoverschen Nahverkehr verschärft sich. Die Häufung von sicherheitsrelevanten Vorfällen bei Üstra und Regiobus dürfen wir nicht ignorieren, schließlich haben die Bürgerinnen und Bürger Hannovers ein Recht auf sichere Mobilität. Es muss daher alles dafür getan werden, damit unsere Verkehrsmittel sicher bleiben und sich die Menschen wohlfühlen, wenn sie mit Bussen und Bahnen unterwegs sind. Dass auch das Fahrpersonal immer stärker gefährdet wird, ist absolut untragbar - eine besorgniserregende Entwicklung, die wir als CDU-Fraktion genauestens verfolgen. Um dieser gefährlichen Situation Herr zu werden, fordern wir mehr Sicherheitspersonal und deutlich effektivere Präventionsmaßnahmen, zum Beispiel durch mehr Kontrollen an Bahnhöfen und Haltestellen. Auch dafür müssen endlich mehr finanzielle Mittel in den öffentlichen Nahverkehr fließen. Bund und Land dürfen sich hier nicht weiter aus der Verantwortung stellen. Es reicht nicht aus, nur günstige Fahrkarten anzubieten, die Fahrgäste erwarten auch ein hohes Maß an Sicherheit", so Lübeck abschließend.